



VIA: il< BRNOVICH
AnoRNEY GrmnAL

OrncE DES ANOI'iNEY C:iENEFML
S1/I/TE von ArnzoNA

6. April 2022

Die ehrenwerte Karen
Fann Arizona State Senate
1700 W. Washington St.
Phoenix, Arizona 85007

RE: Zwischenbericht - Allgemeine Wahlen in Maricopa County am 3. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident Fann:

Vor sechs Monaten erhielt das Büro des Generalstaatsanwalts von Arizona (das "Büro") vom Senat des Bundesstaates Arizona Berichte über die forensische Wahlprüfung in Maricopa County. Darüber hinaus hat die Election Integrity Unit (EIU) des Generalstaatsanwalts weitere Beschwerden über angebliche Wahlfehler und mögliches Fehlverhalten im Jahr 2020 erhalten und prüft diese.

Unser Team von EIU-Ermittlern und -Anwälten hat nun gemeinsam Tausende von Stunden damit verbracht, die Prüfungsberichte des Senats und andere Beschwerden zu prüfen, Interviews zu führen und das Wahlsystem und die Prozesse in Maricopa County zu analysieren. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Wahl 2020 in Maricopa County schwerwiegende Schwachstellen aufgedeckt hat, die behoben werden müssen, und Fragen zur Wahl 2020 in Arizona aufwirft.

Als oberster Strafverfolgungsbeamter unseres Staates bin ich sehr besorgt über mögliche Schwachstellen in den Wahlsystemen unseres Staates, einschließlich derer, die in der Prüfung und in anderen Beschwerden behauptet wurden. Die Überprüfung der EIU hat Fälle von Wahlbetrug durch Personen aufgedeckt, die wegen verschiedener Wahldelikte strafrechtlich verfolgt wurden oder werden. Die Überprüfung der EIU ist noch nicht abgeschlossen, und wir können daher nur begrenzt Angaben zu bestimmten straf- und zivilrechtlichen Ermittlungen machen. Daher wird sich dieser Zwischenbericht auf das konzentrieren, was unser Büro derzeit mitteilen kann, sowie auf den aktuellen Stand unserer Überprüfung.

Wir können bestätigen, dass es systemweite Probleme bei der Bearbeitung und Überprüfung von vorfristigen Stimmabgaben gibt. Das System zur Überprüfung der Unterschriften für die vorzeitige Stimmabgabe in Maricopa County ist unzureichend, um Missbrauch zu verhindern. Manchmal hatten die Wahlhelfer, die den Verifizierungsprozess durchführen, nur Sekunden Zeit, um eine Unterschrift zu überprüfen. Am 4. November 2020 zum Beispiel hat die Maricopa

¹ *Siehe Arizona Attorney General's Office - Fraud & Special Prosecutions Section, Prosecutions Related to Voting or Elections Since 2010, abrufbar unter*

https://www.azag.gov/sites/default/files/docs/criminal/viu/EIU_Prosecutions_February_2022-02-02.pdf.pdf

2005 NomH C[+lfRAL Avrnur,, PHoEt "x, ARtHIN/, 85004" PHoM 602,5'12.4266,. FAx 602.542.4085 "www.1,zAc.cuv

Der County Recorder hat 206.648 eidesstattliche Unterschriften für die vorzeitige Stimmabgabe geprüft, was zu einem Durchschnitt von 4,6 Sekunden pro Unterschrift führte. Es gibt einfach zu viele vorfristige Stimmzettel, die in einem zu kurzen Zeitraum geprüft werden müssen, wodurch das System anfällig für Fehler, Betrug und Versehen ist.

Darüber hinaus hat unsere Überprüfung ergeben, dass Maricopa County in mehreren Fällen kritische Verfahren beim Transport der vorfristigen Stimmzettel von den Abgabestellen zu den Wahlbüros nicht eingehalten hat. Es wird geschätzt, dass zwischen 100.000 und 200.000 Stimmzettel ohne ordnungsgemäße Aufbewahrungskette transportiert wurden. Da sich die meisten Wähler in Arizona heute für die vorzeitige Stimmabgabe entscheiden, müssen die Verfahren für die Bearbeitung und Überprüfung der vorzeitigen Stimmabgabe vor den Wahlen im Jahr 2022 gemäß unseren nachstehenden Empfehlungen unbedingt verbessert werden.

Die erste Hälfte dieses Berichts befasst sich mit Problemen bei der Erstellung von Dokumenten, mit denen wir in Maricopa County konfrontiert wurden, sowie mit der laufenden Überprüfung der Prüfungsberichte des Senats und anderer Beschwerden durch das EIU. Der Rest dieses Berichts legt dann unsere Bedenken und Empfehlungen in Bezug auf die Integrität der Wahlen in den Bereichen der Überprüfung von Unterschriften bei der vorzeitigen Stimmabgabe, der Wahlurnen, der Verwendung privater Zuschüsse durch Wahlbeamte, der Aufbewahrung von Wahlunterlagen und der Transparenz sowie unserer laufenden Maßnahmen zur Verteidigung der Integrität der Wahlen in laufenden Rechtsstreitigkeiten dar.

I. Fragen zur Aufbewahrung und Produktion von Dokumenten

Unsere laufende Überprüfung der Prüfungsberichte des Senats erfordert eine sorgfältige Bewertung des Wahlsystems und der Verfahren von Maricopa County. Maricopa County hat nicht immer zeitnah und vollständig auf unsere Anfragen nach Unterlagen geantwortet, so dass Nachfassschreiben oder zusätzliche Anfragen erforderlich waren. Die jüngste Antwort von Maricopa County kam erst gestern. Ähnlich wie bei der Beantwortung der Vorladung durch den Senat hat Maricopa County gelegentlich einen kämpferischen und/oder prozessualen Ansatz gewählt, um die angeforderten Informationen bereitzustellen, anstatt eine transparente Haltung einzunehmen.² Da wir keine zivilrechtliche Vorladungsbefugnis haben, hat dies zwangsläufig dazu geführt, dass die EIU bei der Untersuchung aller Fragen in Verzug geraten ist.

Nach Erhalt des Prüfberichts des Senats sandte das EIU am 27. September 2021 seine erste Anfrage an Maricopa County, um es darüber zu informieren, dass alle Materialien im Zusammenhang mit den Wahlen 2020 aufbewahrt werden sollten, einschließlich aller potenziell relevanten Materialien im Zusammenhang mit den allgemeinen Wahlen, den Vorwahlen und den Präsidentschaftsvorwahlen 2020. Maricopa County interpretierte das Schreiben zunächst als Versuch, die gesamte Wahlausrüstung zu beschlagnahmen, und drohte zweimal mit rechtlichen Schritten. Das EIU bekräftigte den erklärten Zweck des Schreibens, nämlich die auf den Geräten enthaltenen *Daten zu bewahren*, und nicht, sie zu beschlagnahmen oder ihre normale Nutzung zu verhindern.

Das EIU sandte die zweite Anfrage am 7. Oktober 2021 an Maricopa County und forderte Maricopa County auf, "alle schriftlichen Verfahren, Politiken, Richtlinien und Handbücher (mit Ausnahme des Verfahrenshandbuchs für die Wahlen 2019 und des zugehörigen Zusatzes), die von Maricopa County für die Durchführung der allgemeinen Wahlen 2020 verwendet wurden, zu übermitteln, unabhängig davon, ob sie offiziell oder inoffiziell sind, ob sie

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 2 von 12

von Maricopa County oder einem anderen County, einer Behörde, einem Anbieter oder einem Dritten herausgegeben oder verfasst wurden, einschließlich der Originale und

² Das Büro des Generalstaatsanwalts reichte ein Amicus-Schreiben ein, um die Möglichkeit des Senats zu unterstützen, Informationen von Maricopa County im Zusammenhang mit den Wahlen 2020 vorzuladen. *Siehe* Protokolleintrag *supra* note **1**, auf S. 3.

spätere Aktualisierungen dieser Dokumente" und umfasste "E-Mails, Memos oder andere Mitteilungen, die vorübergehende, vorläufige oder dauerhafte Änderungen an Verfahren, Richtlinien und Handbüchern im Laufe der allgemeinen Wahlen 2020 vorsahen."

Maricopa County stellte den ersten Satz von Dokumenten am oder um den 1. Februar 2022 zur Verfügung, fast vier Monate nach dem ursprünglichen Antrag. Bei der ersten Überprüfung durch das EIU wurden mehrere Mängel festgestellt, darunter das Versäumnis von Maricopa County, interne Richtlinien und Verfahren zur Verfügung zu stellen, die den Klägern in verschiedenen Komitologieverfahren offengelegt worden waren, aber in den Unterlagen merklich fehlten.

Am 9. März 2022 richtete das EIU eine dritte Anfrage an den Bezirk Maricopa, in der es erneut *alle* schriftlichen Verfahren, Richtlinien und Handbücher anforderte und darauf hinwies, dass es zwar bekannte, aber nicht vorgelegte Dokumente gibt. Darüber hinaus enthielt das dritte Ersuchen ein neues Ersuchen um Unterlagen im Zusammenhang mit nicht übereinstimmenden Unterschriften, die ursprünglich von einer dritten Partei bei der Überprüfung von Unterschriften für Wahlerklärungen festgestellt worden waren, aber auch vom EIU unabhängig als potenziell problematische Unterschriften für Wahlerklärungen überprüft wurden. Bemerkenswerterweise bestätigte Maricopa County erst am 23. März 2022, nachdem Senator Kelly Townsend eine Vorladung ausgestellt hatte, den Erhalt der dritten Anfrage. In der Antwort von Maricopa County wurden drei der Dokumente, die in der ersten Antwort als fehlend bezeichnet wurden, zur Verfügung gestellt, aber Dokumente wie z. B. alle schriftlichen Verfahren in Bezug auf das außergesetzliche "Household Exchange"-Programm, das von Maricopa County verwendet wird, um die von einem falschen Haushaltsmitglied unterzeichneten eidesstattlichen Erklärungen für die vorgezogenen Wahlen zu rehabilitieren, bleiben aus. Darüber hinaus wurden bis heute keine E-Mails oder internen Mitteilungen zu den informellen Verfahren vorgelegt.

Am 24. März 2022 übermittelte Maricopa County eine Teilantwort auf unser Ersuchen um die Unterschriftendateien für die vom EIU als problematisch eingestufteten Wahlerklärungen. Anstatt *alle* in der Akte befindlichen Unterschriften sowie alle historischen Aufzeichnungen über Heilungsversuche zu übermitteln, schickte Maricopa County die Unterschrift auf der eidesstattlichen Erklärung und ein Muster aus der Akte. Viele der Exemplare stammten aus der Vorwahl vom August 2020 und praktisch keines aus dem ursprünglichen Wählerregistrierungsformular.

Das Amt erhält immer noch neue Informationen, die für die laufende Überprüfung der Wahlsysteme von Maricopa County relevant sind. Dazu gehört auch Material von Maricopa County, das den Dokumentenanfragen des Amtes nicht vollständig nachgekommen ist. Dazu gehört auch die Fertigstellung des Berichts von Special Master Shadegg, der am 23. März 2022 veröffentlicht wurde, und des Repoti des Auditor General über Wahlsysteme und private Gelder, das am 30. März 2022 veröffentlicht wurde. *Siehe* Abschnitt V, *illi-fi-a*. Das Amt prüft auch neuere Analysen über vorzeitige Wahlunterschriften und potenzielle Wahlsammlungen.

Schlussfolgerung: Die Untersuchung des Amtes entwickelt sich in wesentlichen Punkten weiter. Das Amt hat wiederholt Informationen von Maricopa County angefordert, und es gehen immer wieder neue Informationen ein, auch erst gestern. Dieser Zwischenbericht wird sechs Monate nach der Übermittlung der Berichte des Senats an den Generalstaatsanwalt vorgelegt. Untersuchungen (zivil- und strafrechtlicher Art) dieses Ausmaßes und dieser Komplexität dauern viele Monate, wenn nicht Jahre, bis sie abgeschlossen sind.

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 3 von 12

Um die Unzulänglichkeiten und Verzögerungen in der Art und Weise, wie Maricopa County mit der EIU zusammenarbeitet, zu beheben, empfehlen wir, dass die Gesetze dahingehend geändert werden, dass die

unverzügliche Vorlage von Informationen auf Verlangen des Generalstaatsanwalts von Arizona. Wäre der Gesetzentwurf 1475 des Senats verabschiedet worden, hätte er dem Generalstaatsanwalt zivilrechtliche Vorladungsbefugnisse eingeräumt, die den zivilrechtlichen Befugnissen des Generalstaatsanwalts nach den Gesetzen über offene Versammlungen in Arizona entsprechen. *Siehe* A.R.S. § 38-431.06. In Ermangelung einer solchen zivilrechtlichen Vorladungsbefugnis bleibt das AGO darauf beschränkt, öffentliche Unterlagen anzufordern. Eine solche Befugnis wird dazu beitragen, die Überprüfung des Amtes zu beschleunigen, aber Untersuchungen dieses Ausmaßes dauern wesentlich länger als die derzeitigen sechs Monate, um sie abzuschließen.

II. Überprüfung von Unterschriften bei vorzeitiger Stimmabgabe

Die Briefwahl ist und war eine Facette des Gesetzes von Arizona, aber die Möglichkeit des Betrugs steigt in dem Moment, in dem ein Stimmzettel die schützende Obhut des Wahlbeamten verlässt und in das Postsystem gelangt. Die aus zwei Parteien bestehende Kommission zur Reform der Bundeswahlen unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter und des ehemaligen Außenministers James Baker hat dieses Problem erkannt und festgestellt, dass Briefwahlstimmen in mehrfacher Hinsicht missbrauchs anfällig sind und daher Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Risiken von Betrug und Missbrauch zu verringern. Bericht des Ausschusses für die Fed. Election Reform, *Building Confidence in U.S. Elections* 46-47 (Sept. 2005). Obwohl bereits Schritte zur Verringerung dieses Betrugs unternommen wurden, darunter das Verbot der Stimmabgabe in Arizona, müssen unbedingt weitere Schritte unternommen werden, um ein stärkeres und einheitlicheres System zur Überprüfung von Unterschriften bei vorgezogenen Wahlen zu schaffen und die Transparenz zu erhöhen, damit Beobachter der Parteien den Prozess der Unterschriftenprüfung in Echtzeit verfolgen und Einwände erheben können, die dann auf faire Weise entschieden werden sollten. Jede dieser Empfehlungen wird im Folgenden erörtert.

Es müssen strengere Verfahren für die Überprüfung von Unterschriften bei vorgezogenen Wahlen eingeführt werden, und diese Verfahren müssen im gesamten Bundesstaat einheitlich sein. Nach staatlichem Recht ist ein vorzeitiger Stimmzettel nicht vollständig und kann nicht ausgezählt werden, solange er keine Unterschrift auf der eidesstattlichen Erklärung enthält. Die Wahlhelfer im Bezirkswahlbüro sind verpflichtet, die Unterschrift auf der eidesstattlichen Erklärung mit der Unterschrift im Wählerverzeichnis zu vergleichen. A.R.S. § 16- 550(A). Wenn die Wahlbeamten feststellen, dass die Unterschrift mit der in den Akten befindlichen übereinstimmt, wird der Stimmzettel gezählt. Stellt das Wahlamt hingegen fest, dass die Unterschrift auf der eidesstattlichen Erklärung nicht mit der in den Akten befindlichen übereinstimmt, kann der Stimmzettel nur ausgezählt werden, wenn der Wähler die Unterschrift überprüft. Die Forderung nach einer Übereinstimmung zwischen der Unterschrift auf der eidesstattlichen Erklärung und der beim Staat hinterlegten Unterschrift ist derzeit die wichtigste Maßnahme zur Gewährleistung der Wahlintegrität bei vorfristigen Wahlen.

Der Neunte Bundesberufungsgerichtshof erkannte als Reaktion auf eine verfassungsrechtliche Anfechtung der Frist für die Einreichung unterschriebener eidesstattlicher Erklärungen an, dass "Arizona von Frühwählern verlangt, dass sie ihre Stimmzettel zusammen mit einer unterschriebenen eidesstattlichen Erklärung zurücksenden, um sich vor Wahlbetrug zu schützen". *Ariz. Demokratische Partei v. Hobbs*, 976 F.3d 1081, 1085 (9th Cir. 2020). Die Wahlbeamten müssen daher äußerst sorgfältig darauf achten, dass die Unterschriften auf den eidesstattlichen Erklärungen für die vorzeitige

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 5 von 12

Stimmabgabe mit denen übereinstimmen, die beim Staat hinterlegt sind. Ungeachtet der schieren Menge der eingegangenen vorfristigen Stimmzettel, des Verwaltungsaufwands, der durch die Überprüfung jedes einzelnen Stimmzettels entsteht, oder aus anderen Gründen können die Wahlbeamten und ihre Mitarbeiter nicht gegen ihre gesetzliche Pflicht verstoßen, *jede* Unterschrift zu überprüfen.

Die vorzeitige Stimmabgabe ist in Arizona weit verbreitet: 79 % der Wähler in Arizona gaben 2018 vorzeitig ihre Stimme ab, und diese Zahl stieg für die allgemeinen Wahlen 2020 auf 89 %. Mit über 3,4 Millionen abgegebenen Stimmzetteln bei den allgemeinen Wahlen mussten die Wahlbehörden von Arizona die

Unterschriften auf über 3 Millionen eidesstattlichen Erklärungen für die vorzeitige Stimmabgabe in einem Zeitraum von fünf bis sechs Wochen im Jahr 2020. Diese große Zahl an vorzeitigen Wahlen in Verbindung mit dem Verwaltungsaufwand, jede einzelne der in e i n e m sehr kurzen Zeitraum eingereichten Unterschriften zu bestätigen, könnte, wenn sie nicht sorgfältig verwaltet wird, dazu führen, dass Wahlbeamte vorzeitige Wahlerklärungen akzeptieren, die andernfalls nicht ohne weitere Prüfung zugelassen werden sollten.

Die Statistiken für den Bezirk Maricopa zeigen beispielsweise für die letzten drei Wahlzyklen, dass die Zahl der wegen fehlender oder falscher Unterschriften abgelehnten vorfristigen Stimmzettel tendenziell rückläufig ist. Während der allgemeinen Wahlen 2016, als Helen Purcell County Recorder war, erhielt Maricopa County 1.249.932 Briefwahlstimmen. Davon lehnte Maricopa County 2.209 vorzeitige Stimmabgaben wegen fehlender Unterschriften und 1.451 vorzeitige Stimmabgaben wegen falscher Unterschriften ab.

Nur zwei Jahre später, während der allgemeinen Wahlen 2018, nachdem Adrian Fontes Bezirkswahlleiter wurde, erhielt Maricopa County 1.184.791 vorfristige Stimmzettel, nur 65.141 weniger als 2016. Die Zahl der Wahlzettel, die 2018 wegen fehlender Unterschriften (nur 1.856) und falscher Unterschriften (nur 307) zurückgewiesen wurden, ging jedoch deutlich zurück - die Zahl der Wahlzettel mit fehlenden Unterschriften sank um 353 und die Zahl der Wahlzettel mit falschen Unterschriften um 1.144 (ein Rückgang um 79 %). Im Vergleich dazu erhielt Pima County 302.770 vorfristige Stimmzettel (882.081 weniger als Maricopa) und lehnte 488 (135 mehr als Maricopa) wegen nicht übereinstimmender Unterschriften ab.

Bei den allgemeinen Wahlen 2020 verzeichnete Maricopa County einen erheblichen Anstieg der Zahl der vorfristigen Stimmabgaben: 1.908.067 vorfristige Stimmabgaben (ein Anstieg um 723.276 vorfristige Stimmabgaben). Die Zahl der wegen fehlender Unterschriften abgelehnten Stimmzettel ging jedoch weiter dramatisch zurück (auf nur noch 1 455 Stimmzettel), und die Zahl der wegen falscher Unterschriften abgelehnten Stimmzettel stieg nur leicht an (auf 587 Stimmzettel).³ Maricopa County hat zwar erklärt, dass die Zahl der wegen falscher Unterschriften abgelehnten vorfristigen Stimmzettel bei den allgemeinen Wahlen 2020 durch die vom Gesetzgeber eingeführte 5-tägige Nachbesserungsfrist für falsche Unterschriften beeinflusst wurde. Die Existenz dieser Heilungsfrist im Jahr 2020 erklärt jedoch nicht den dramatischen Rückgang - in absoluten Zahlen oder prozentual - der Stimmzettel mit fehlenden Unterschriften von 2016 bis 2020⁴ oder den dramatischen Rückgang der vorzeitigen Stimmabgabe mit nicht übereinstimmenden Unterschriften von 2016 bis 2018. Eine mögliche Erklärung für diese Trends - und die AG räumt ein, dass es auch andere geben könnte - ist, dass der Bezirk Maricopa ab 2018 bei der Überprüfung der Unterschriften weniger sorgfältig war.

Aufschlussreich sind auch die Daten von Ce liain, die aus Rechtsstreitigkeiten nach den allgemeinen Wahlen 2020 stammen. Im November 2020 reichten Ce liain-Personen eine Wahlanfechtung gemäß A.R.S. § 16- 672 ein. Im Zusammenhang mit dieser Anfechtung ordnete das Gericht an, dass die Anwälte der Parteien und die beauftragten Gerichtsmediziner 100 zufällig ausgewählte eidesstattliche Erklärungen zur vorzeitigen Stimmabgabe überprüfen und einen Unterschriftenvergleich der eidesstattlichen Erklärungen durchführen, bei denen eine Übereinstimmung der Unterschriften festgestellt wurde. *Ward v. Jackson*, CV2020-015285, 2020 WL 13032880, *3 (Maricopa Cnty. Super. Ct. Dec. 4, 2020). Zwei forensische Dokumentenprüfer sagten während einer Beweisanhörung aus, einer für die Klägerinnen

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 7 von 12

³ Pima County hingegen lehnte fast die gleiche Anzahl an vorzeitigen Stimmabgaben aufgrund von nicht übereinstimmenden Unterschriften ab (572), obwohl es 1 479 386 weniger Stimmabgaben gab.

⁴ Vorgezogene Stimmzettel mit fehlenden Unterschriften mussten vor Schließung der Wahllokale am Wahltag nachgeholt werden.

und einer für die Beklagten. Die Expertin der Kläger sagte aus, dass von den 100 überprüften Stimmzetteln 6 Unterschriften "nicht schlüssig" waren, was bedeutet, dass sie nicht bezeugen konnte, dass die Unterschrift auf dem Umschlag/der eidesstattlichen Erklärung mit der Unterschrift in den Akten übereinstimmte. *Id* at *4. Die forensische Expertin der Beklagten, die versuchte, die Wahlanfechtung zu vereiteln, "sagte aus, dass 11 der 100 Umschläge nicht schlüssig waren, hauptsächlich weil es nicht genügend Proben gab, mit denen sie verglichen werden konnten." ⁵ *Id*. Keiner der gerichtsmedizinischen Gutachter fand Anzeichen für eine Fälschung. *Id*.

Obwohl das Gericht die Wahlanfechtung zurückwies und der Oberste Gerichtshof von Arizona dies bestätigte,⁶ macht dies die Ergebnisse der forensischen Sachverständigen nicht irrelevant für die Analyse, ob die derzeitigen Wahlverfahren verbessert werden können. Und die Tatsache, dass zwei forensische Experten so weit voneinander abweichen konnten, ob einzelne Unterschriftenübereinstimmungen nicht schlüssig waren (einer hielt 6 Unterschriften für nicht schlüssig, der andere 11) und dass der eigene Experte der Beklagten weniger als einen Monat nach der allgemeinen Wahl zu dem Schluss kam, dass 11% der untersuchten Unterschriften nicht schlüssig waren, deutet darauf hin, dass Verbesserungen notwendig sind.

Die Belastung des Briefwahlsystems ist weitgehend auf das Bevölkerungswachstum und die verstärkte Nutzung der vorzeitigen Stimmabgabe zurückzuführen. Da mehr als 80 Prozent der Wähler in Maricopa County vorzeitig wählen, kann es sein, dass der Bezirkswahlleiter nicht genügend Zeit hat, um die große Menge an Unterschriften für die vorgezogene Stimmabgabe zu bearbeiten und zu prüfen. Darüber hinaus gibt es kein einheitliches Verfahren, das sicherstellt, dass die Unterschriften für die Wahlerklärung nicht nur in Maricopa County, sondern im gesamten Bundesstaat korrekt und einheitlich bearbeitet werden. Der Staatssekretär von Arizona hat den Bezirksregistraloren nicht durchsetzbare "Anleitungen" zur Überprüfung von Unterschriften gegeben, aber nie einheitliche Verfahren festgelegt, wie sie in A.R.S. § 16-452 vorgeschrieben sind. Die "Anleitung" des Ministers ist unzureichend und könnte mehr Probleme schaffen, als sie zu lösen vorgibt.

Siehe Brief of Amicus Curiae Attorney General Mark Brnovich, Abschnitt II(C), *Arizona Republican Party v. Hobbs*, No. CV-22-0048-SA (Ariz.).

Unsere Überprüfung hat ergeben, dass die Überprüfung der Unterschriften auf der eidesstattlichen Erklärung bei vorgezogenen Wahlen häufig von Personen durchgeführt wird, die nur über eine begrenzte Ausbildung in der Unterschriftenanalyse verfügen. Aufgrund der großen Menge an vorfristigen Stimmzetteln, die kurz vor oder am Wahltag eingehen, und der begrenzten Zeit, die gesetzlich für die Überprüfung der Unterschriften vorgesehen ist, kann der Prozess überstürzt werden, was die Integrität der Überprüfung beeinträchtigt.

Auch wenn wir zu diesem Verfahren noch mehr zu sagen hätten, sind wir besorgt, dass die beschleunigte Art und Weise, in der Tausende von eidesstattlichen Unterschriften für vorgezogene Wahlen bearbeitet werden, unweigerlich zu einer verminderten Überprüfung führt. Manchmal hat der Wahlhelfer, der die Überprüfung durchführt, nur Sekunden Zeit, um eine Unterschrift zu prüfen. Am 4. November 2020 prüfte der Wahlleiter von Maricopa County beispielsweise 206.648 eidesstattliche Unterschriften für vorgezogene Wahlen, was zu einem Durchschnitt von 4,6 Sekunden pro Unterschrift führte.

Schlussfolgerung: Wir sind in dieser kritischen Frage zu drei wesentlichen Schlussfolgerungen gekommen. Erstens ist das System zur Überprüfung von eidesstattlichen Erklärungen bei vorgezogenen Wahlen in Arizona, insbesondere in Maricopa County, möglicherweise nicht ausreichend, um Missbrauch zu verhindern. Wir empfehlen daher, dass die

⁵ In der Entscheidung des Gerichts, mit der die Wahlanfechtung zurückgewiesen wurde, gab es keinen Hinweis darauf, ob es Überschneidungen zwischen den sechs eidesstattlichen Erklärungen, die die Kläger für nicht schlüssig hielten, und den elf eidesstattlichen Erklärungen, die die Beklagten für nicht schlüssig hielten, gab.

⁶ *Ward gegen Jackson*, 2020 WL 8617817, *3 (Ariz. Dec. 8, 2020).

Das Gesetz sollte geändert werden, um zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen für die vorzeitige Stimmabgabe zu schaffen, einschließlich der Anforderung, dass Wähler, die sich für die vorzeitige Stimmabgabe entscheiden, eine zusätzliche Form der staatlichen Identifizierung vorlegen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass ein von Senator J.D. Mesnard unterstütztes Referendum die Wähler bei den allgemeinen Wahlen am 8. November 2022 auffordern wird, solche Anforderungen einzuführen. *Siehe* SCR 1012, abrufbar unter <https://apps.azleg.gov/BillStatus/BillOverview/7639I>.

Zweitens ist der im Gesetz festgelegte Überprüfungsstandard unzureichend, um den Ermessensspielraum lokaler Beamter zu kontrollieren, und muss von der Gesetzgebung geregelt werden. A.R.S. § 16-550(A) sieht vor, dass "der Bezirkswahlleiter oder ein anderer für die Wahl zuständiger Beamter die Unterschriften [auf den Umschlägen für die vorzeitige Stimmabgabe] mit den Unterschriften in den Eintragungsunterlagen des Wählers vergleichen muss". Diese Vorschrift zum "Vergleich" sollte erweitert und präzisiert werden, um festzulegen, welche Schritte die Wahlbeamten unternehmen müssen, einschließlich der Mindestzeit, die für die Überprüfung jeder Unterschrift aufgewendet werden sollte, sowie eines Einspruchs- und Beschwerdeverfahrens. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Überprüfung muss es spezifischere Anforderungen in den Gesetzen geben.

Abschließend kommen wir zu dem Schluss, dass es, da die Unterschriftenprüfung die derzeit wichtigste Kontrolle der vorzeitigen Stimmabgabe ist, für die Wahlbeobachter der Parteien die Möglichkeit geben muss, den Prozess der Unterschriftenprüfung in Echtzeit zu beobachten und Einwände zu erheben, wenn die Beamten ihre Aufgabe der tatsächlichen und genauen Überprüfung der Unterschriften nicht erfüllen. Die Legislative sollte handeln, um die Transparenz dieser Prüfung zu gewährleisten.

III. Wahlurnen für vorzeitige Stimmabgabe

Bei der EIU ging eine Beschwerde ein, in der behauptet wurde, dass die Wahlbehörde des Bezirks Maricopa gegen die Verfahren verstoßen hat, die regeln, wie die vorfristigen Stimmzettel von den Wahllokalen, in denen die Stimmzettel abgegeben werden, an das Maricopa County Tabulation and Election Center (MCTEC) weitergeleitet werden. Dabei handelt es sich um vorfristige Stimmzettel, die die Wähler an bestimmten Orten abgeben, darunter auch an Wahllokalen am Wahltag. In dem Bericht wird insbesondere behauptet, dass der Bezirk es versäumt hat, die Aufbewahrungskette einzuhalten und die Abholung, den Transport und die Auszählung der Stimmzettel ordnungsgemäß zu dokumentieren.

Die Verfahren für die Übermittlung dieser Stimmzettel an MCTEC während der Parlamentswahlen 2020 wurden durch die EPM 2019 geregelt, die gemäß A.R.S. § 16-452 verabschiedet wurde. Gemäß Abschnitt 1.7 des EPM 2019 mussten mindestens zwei Personen mit unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten die vorfristigen Stimmzettel abholen. Die Personen, die die vorfristigen Stimmzettel abholten, mussten dann den Ort, das Datum und die Uhrzeit der Abholung, die Uhrzeit der Abreise und die Anzahl der Stimmzettel dokumentieren und bei der Sicherung des Behälters mit den Stimmzetteln ein strenges Protokoll befolgen. Diese Verfahren, mit denen Wahlmanipulationen ausgeschlossen werden sollen, sind angesichts der Menge an vorfristigen Stimmzetteln, die während der allgemeinen Wahlen 2020 an diesen Orten abgegeben wurden, von entscheidender Bedeutung. Maricopa County gab an, dass 901.976 Stimmzettel aus den Wahlurnen entnommen wurden. Die meisten dieser Stimmzettel (729.858) wurden während der vorfristigen Stimmabgabe vom 7. Oktober 2020 bis zum 2. November 2020 gesammelt. Die

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 11 von 12

restlichen 172.118 Stimmzettel wurden aus den Wahlurnen in den Wahllokalen zurückgegeben.

Bei unserer Überprüfung wurden mehrere Verstöße gegen die Verfahren zur Beförderung von Stimmzetteln aufgedeckt.

Unsere Untersuchung bestätigte, dass von 1.895 Wahlscheinen für die vorfristige Stimmabgabe 381 Formulare oder 20 % der erforderlichen Angaben fehlten. Dazu gehörten fehlende Prüfsignaturen, fehlende Felder für die Stimmauszählung, fehlende Unterschriften der Wahlempfänger, fehlende

Kurierunterschriften und fehlende Dokumentation der Sicherheitssiegel sowie das Fehlen der beiden erforderlichen Siegelnummern. Mit anderen Worten, es ist möglich, dass zwischen 100.000 und 200.000 Stimmzettel ohne eine ordnungsgemäße Verwahrkette transportiert wurden.

Schlussfolgerung: Der Bezirk Maricopa hat die EPM-Verfahren nicht eingehalten, als er 20 % der vorfristigen Stimmzettel aus den Wahlurnen an MCTEC weiterleitete. Und da der Staatssekretär dem Generalstaatsanwalt keine rechtmäßige EPM zur Genehmigung im Jahr 2021 vorgelegt hat, wie in A.R.S. § 16-452 vorgeschrieben, gibt es derzeit *keine* EPM für die Wahlen im Jahr 2022, wodurch sich das Problem für die kommenden Wahlen verschärft.

Der Gesetzgeber von Arizona sollte die Verfahren zur Aufbewahrung und Übermittlung von Stimmzetteln für vorgezogene Wahlen anhand der von der U.S. Election Assistance Commission veröffentlichten Richtlinien kodifizieren. *Siehe* U.S. E.A.C, *Chain of Custody Best Practices* (Juli 13, 2021) (verfügbar unter <https://www.eac.gov/election-officials/chain-custody-best-practices>). Es wird auch empfohlen, dass der Gesetzgeber Gesetze erlässt, die die Transparenz bei der Verwahrung der Stimmzettel im Vorfeld erhöhen, einschließlich der Möglichkeit für Beobachter der politischen Parteien, diesen Prozess zu überwachen. Schließlich sollte der Gesetzgeber aufgrund der Sicherheitsprobleme, die mit der Aufbewahrung von Stimmzetteln in Behältern und Containern an abgelegenen Orten verbunden sind, Gesetze erlassen, die die Aufbewahrung von Stimmzetteln entweder ganz verbieten oder auf Zentren für die vorzeitige Stimmabgabe, Orte am Wahltag oder andere sichere Orte beschränken, die von Wahlbeamten besetzt und genau überwacht werden. Die vom Abgeordneten Jake Hoffman eingebrachte Gesetzesvorlage 2238 würde diese Empfehlung umsetzen, indem sie die Verwendung von unüberwachten Wahlurnen für die Entgegennahme von Stimmzetteln verbietet. *Siehe*

<https://apps.azleg.gov/BillStatus/BillOverview/76693?SessionId=125>.

IV. Verwendung privater Zuschussgelder

Um die Reinheit unserer Wahlen zu gewährleisten, hindern unsere Gesetze Wahlbeamte und andere daran, die Art und Weise zu beeinflussen, in der die Wähler ihr Wahlrecht ausüben. Während der Wahlen im Jahr 2020 wurden von der Staatssekretärin von Arizona, Katie Hobbs, dem Bezirk Maricopa und dem Bezirk Pima fast 8 Millionen Dollar an privaten, nichtstaatlichen Zuschüssen für verschiedene Wahlzwecke verwendet, wie in einem Bericht des Auditor General von Arizona vom 30. März 2022 dargelegt wird. Verfügbar unter <https://www.azauditor.gov/reports-publications/counties-state-agencies/secretary-state-office/report/arizona-secretary-state>. Wir überprüfen diesen Bericht sorgfältig, um festzustellen, ob durch die Verwendung dieser Mittel Wahlgesetze verletzt wurden. Obwohl unsere Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, lassen unsere ersten Ergebnisse ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Ausgaben für *ce liain* aufkommen.

Wie der Auditor General feststellte, wurde in der Zeit, seit Secretary Hobbs, Maricopa County und Pima County diese privaten, nichtstaatlichen Zuschussgelder erhalten und verwendet haben, das Gesetz 202 I, Ch. I 99, §1 (mit dem A.R.S. § 16-407.01 hinzugefügt wurde) erlassen, das es dem Staat und einer Stadt, einem Bezirk, einem Schulbezirk oder einer anderen öffentlichen Einrichtung, die Wahlen durchführt oder verwaltet, untersagt, private Gelder für die Vorbereitung, Verwaltung oder Durchführung einer Wahl, einschließlich der Registrierung von Wählern, zu erhalten oder auszugeben. Mit Wirkung vom 29. September 2021 ist es dem Staat und seinen Bezirken (und anderen politischen Unterabteilungen) gesetzlich untersagt, die oben genannten Zuschüsse oder ähnliche Gelder zu erhalten. Infolge dieses neuen Gesetzes dürfen die

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 13 von 12

Wahlbeamten keine privaten Zuschüsse oder Spenden für die Erfüllung ihrer Wahlaufgaben verwenden oder während der Wahlen im Jahr 2022 irgendeine Art von Werbekampagne durchführen.

V. Künftige Überprüfung von Wahlen

Darüber hinaus sollte die Legislative Gesetze erlassen, die die Befugnisse des Auditor General zur Durchführung künftiger Prüfungen von Wahlsystemen erweitern. Der Auditor General ist gut positioniert, um diese Aufgabe zu erfüllen, und sollte mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden, um solche Prüfungen im eigenen Haus professionell und zeitnah durchzuführen. Der Auditor General sollte die Befugnis erhalten, den Generalstaatsanwalt um Unterstützung bei der Beschaffung von Dokumenten und Ausrüstungen zu bitten, die sich im Besitz und in der Obhut staatlicher und lokaler Beamter befinden. Regelmäßige Prüfungen durch den Auditor General mit Berichten an die Legislative werden sicherstellen, dass staatliche und lokale Beamte das Gesetz einhalten, Mängel aufdecken und das Vertrauen in die Wahlsysteme unseres Staates fördern.

VI. Verschärfung der Strafen für Wahlstraftaten und Schutz für Informanten (Whistleblower)

Der Gesetzgeber sollte auch eine Verschärfung der Strafen für Straftaten im Zusammenhang mit Wahlen in Erwägung ziehen und den Schutz von Hinweisgebern erhöhen. Aufgrund der Schwierigkeit, Wahlmanipulationen aufzudecken, sollte der Gesetzgeber prüfen, ob er den Straftatbestand für diese Straftat heraufsetzen sollte. Der Gesetzgeber sollte auch die Aufnahme einer Straftat in Betracht ziehen, bei der Mitglieder einer Organisation, einschließlich einer gemeinnützigen oder nichtstaatlichen Organisation, die wussten *oder hätten wissen müssen*, dass Mitglieder (egal ob Angestellte oder Freiwillige) in ihrer Organisation an einer weit verbreiteten Sammlung von Stimmzetteln beteiligt sind, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Der Gesetzgeber sollte auch spezifische strafrechtliche Sanktionen für jeden erlassen, der eine Wahlurne so manipuliert oder beschädigt, dass die darin enthaltenen Stimmzettel beschädigt werden könnten. Schließlich sollte der Gesetzgeber eine Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen für die Nichtbefolgung von Vorladungen oder Aufforderungen des Auditor General oder des Generalstaatsanwalts in Erwägung ziehen, und der Gesetzgeber sollte den Schutz von Hinweisgebern, die Kenntnis von möglichem Fehlverhalten haben, verstärken. Ein solcher Schutz sollte rückwirkend gelten und es Whistleblowern ermöglichen, Beweise auch für vergangene Wahlen vorzulegen.

VII. Das Büro des Generalstaatsanwalts verteidigt energisch die Gesetze zur Wahlintegrität in Arizona und schützt die Befugnisse der Legislative

Wir alle haben ein starkes Engagement für die Integrität der Wahlen, und nach jedem objektiven Maßstab ist das Amt voll und ganz damit beschäftigt, die Gesetze zur Wahlintegrität in Arizona erfolgreich zu verteidigen. Der Oberste Gerichtshof der USA hat kürzlich in der Rechtssache *Brnovich v. DNC*, 141 S. Ct. 2321 (2021), festgestellt, dass der Staat ein zwingendes Interesse daran hat, die Integrität seines Wahlverfahrens zu bewahren und Wahlbetrug zu verhindern. "Betrug kann das Ergebnis einer knappen Wahl beeinflussen, und betrügerische Stimmen verwässern das Recht der Bürger, Stimmen abzugeben, die angemessenes Gewicht haben. Betrug kann auch das öffentliche Vertrauen in die Fairness der Wahlen und die wahrgenommene Legitimität des verkündeten Ergebnisses untergraben". *Id.* at 2340. Es ist unerlässlich, dass unser Wahlsystem vor Betrug, Missbrauch, Fehlern und Versehen schützt. Die

Die ehrenwerte Karen Fann

April 6, 2022

Seite 9 von 12

Legislative von Arizona muss daher in der Lage sein, Gesetze zu erlassen, die "die Reinheit der Wahlen sichern und vor dem Missbrauch des Wahlrechts schützen". Ariz. Const. art. 7, § 12.

Die Verteidigung der Integrität unserer Wahlen ist eine meiner obersten Prioritäten als Generalstaatsanwalt. Wir haben wiederholt und erfolgreich Arizonas Wahlintegritätsgesetze gegen einen Ansturm von Angreifern verteidigt.

Anschläge im Jahr 2020, die in den folgenden Fällen zu überwältigenden Siegen führten.

- *Brnovich v. DNC*, 141 S. Ct. 2321 (2021) (Aufrechterhaltung der Gesetze von Arizona zum Sammeln von Stimmzetteln und zur Wahl außerhalb von Wahlbezirken gegen Anfechtung gemäß § 2 des Voting Rights Act).
- "*Miracle v. Hobbs*, 808 F. App'x 470 (9th Cir. 2020) (Aufrechterhaltung des Gesetzes von Arizona, das von den Verteilern von Petitionen verlangt, dass sie bei einer Vorladung zu einer Sitzung erscheinen).
- "*Ariz. Democratic Party v. Hobbs*, 976 F.3d 1081 (9th Cir. 2020) (Aufrechterhaltung des Gesetzes, das die Unterzeichnung von Stimmzetteln bis 19.00 Uhr am Wahltag vorschreibt).
- "*Mi Familia Vota v. Hobbs*, 977 F.3d 948, 950 (9th Cir. 2020) (Aufhebung der Entscheidung einer unteren Instanz zur Verlängerung der Frist für die Wählerregistrierung).
- "*Arizonans for Fair Elections v. Hobbs*, 454 F. Supp. 3d 910, 915 (D. Ariz. 2020), *Berufung abgewiesen*, No. 20-15719, 2020 WL 4073195 (9th Cir. May 19, 2020) (Aufrechterhaltung des Verbots der elektronischen Unterschriftensammlung für Initiativen).
- "*Arizonans for Second Chances v. Hobbs*, 249 Ariz. 396 (2020) (bestätigt ebenfalls das Verbot der elektronischen Unterschriftensammlung für Initiativen).

Am bedeutendsten ist *Brnovich gegen DNC*, der wichtigste Fall zur Wahlintegrität, den der Oberste Gerichtshof der USA seit Jahren entschieden hat. Der Fall trägt meinen Namen, weil ich vor dem Obersten Gerichtshof der USA aufgestanden bin und die vernünftigen Gesetze von Arizona zum Schutz vor Wahlsammlungen und Stimmabgabe außerhalb von Wahlbezirken verteidigt habe. Der Supreme Court entschied schließlich mit einer 6:3-Mehrheit zu unseren Gunsten und wies damit die fehlerhafte Entscheidung des Neunten Gerichtsbezirks entschieden zurück, die Arizonas legitime Bemühungen um Wahlintegrität gelähmt und den Staat mit Millionen von Dollar an Anwaltskosten belastet hätte. Sie müssen sich nicht auf mein Wort verlassen. Der prominente liberale Rechtsprofessor Erwin Chemerinsky beklagte die Entscheidung als "**die wichtigste Entscheidung des Jahres 2021**".⁷ Er sagte: "*Brnovich* wird es sehr viel schwieriger machen, [von den Bundesstaaten erlassene, vernünftige Maßnahmen zur Wahlintegrität] anzufechten, und diese Gesetze könnten bei den Wahlen 2022 und 2024 eine entscheidende Rolle spielen." *Id* Ohne das Engagement meines Büros gäbe es keine Entscheidung im *Fall Brnovich gegen das DNC*, Punkt.

Das Amt schützt außerdem aktiv die Integrität der Wahlen für die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2022 und darüber hinaus. Dazu gehört die Verteidigung gegen mehrere Klagen, die bereits eingereicht worden sind. Im August reichte *Mi Familia Vota* eine Klage gegen SB 1003 und SB 1485 aus der Legislaturperiode 2021 ein. Fall Nr. 2:21-cv-01423 (D. Ariz.). Diese Gesetze beziehen sich auf die Anforderungen an Unterschriften für die vorzeitige Stimmabgabe und die Liste der aktiven vorzeitigen Stimmabgabe. Das Amt verteidigte diesen Fall energisch, und die Kläger räumten ein, dass sie keinen Unterlassungsanspruch für die Wahlen im Jahr 2022 geltend machen würden.

Erst letzte Woche wurden zwei Klagen gegen HB 2492 aus der Legislaturperiode 2022 eingereicht, die sich auf den Nachweis der Staatsbürgerschaft bei der Eintragung in das Wählerverzeichnis beziehen. *Siehe Mi Familia Vota v. Hobbs*, Nr. 2:22-cv-00509 (D. Ariz.); *Living United for Change in AZ v. Hobbs*, Nr. 2:22-cv-00519-SRB (D. Ariz.). Das Büro

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 11 von 12

verteidigt diese Fälle aktiv im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2022. Schließlich beteiligt sich das Büro an dem Verfahren *Arizona Republican Party v. Hobbs*, Nr. CV-22-

⁷ Verfügbar unter <https://www.abajournal.com/columns/article/chemerinsky-most-significant-supreme-court-cases-of-2021>

0048, beim Obersten Gerichtshof von Arizona eingereicht und den Ausschuss gebeten, dafür zu sorgen, dass für die Wahlen im Jahr 2022 ein Handbuch für Wahlverfahren (EPM) zur Verfügung steht. Ein rechtmäßiges EPM für die Wahlen im Jahr 2022 zu haben, ist eine der wichtigsten Prioritäten des Amtes für Wahlintegrität.

Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Amt die Gewaltenteilung und die Befugnis der Legislative, Wahlunterlagen vorzuladen, unterstützt hat, damit sie über Daten und Informationen verfügen kann, um fundierte Entscheidungen über mögliche Gesetze zu treffen. Im Streit zwischen Maricopa County und dem Senat über die Vorladungen des Senats stimmte das Gericht schließlich dem Amt und dem Senat zu (*Maricopa County et al. v. Fann, et al.*, CV2020-01 6840, Minute Entry at 15 (Maricopa Cnty. Super. Ct. 3/1/2021)).⁸ Später erließ der Senat eine weitere Vorladung an Maricopa County, das sich wiederum weigerte, dieser nachzukommen. Das Amt stellte fest, dass diese Weigerung einen Verstoß gegen staatliches Recht darstellte, und Maricopa County leistete daraufhin Folge.⁹

Arizona verteidigt seine Gesetze zur Wahlintegrität erfolgreich in einem laufenden Verfahren. Arizona hätte es wie andere Staaten machen können und seine Gesetze am Vorabend einer Wahl gerichtlich umschreiben lassen können.¹⁰ Arizona hätte es wie die Mehrheit des Neunten Gerichtsbezirks machen können (mit Ausnahme von *Brnovich*) und wäre in all seinen zukünftigen Bemühungen um die Sicherheit seiner Wahlen gelähmt worden. Aber glücklicherweise hat Arizona die Befugnis, seine bestehenden Gesetze durchzusetzen, und die Freiheit für seine gewählten Gesetzgeber, diese Gesetze zu ändern, wenn sich die Umstände ändern und die Erfahrung zeigt, dass zusätzliche oder andere Maßnahmen zur Wahlintegrität erforderlich sind. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Arizona dafür sorgen kann, dass es leicht zu wählen und schwer zu betrügen ist.

VIII. **Schlussfolgerung**

Mit jeder Wahl, die vorübergeht, verlieren die Amerikaner auf allen Seiten des politischen Spektrums das Vertrauen in die Integrität unserer Wahlen. Dies ist eine Krise, die sofort mit überparteilichen Lösungen auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit angegangen werden sollte.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fairness der Wahlen ist von größter Bedeutung. Als gewählte Beamte können und müssen wir mehr für unsere Wähler tun. Unabhängig davon, ob wir mit den Gründen der Menschen, die die Integrität der Wahlen in Frage stellen, einverstanden sind oder nicht, sollten wir über unsere Pflicht hinausgehen und den Amerikanern versichern, dass jede legale Stimme gezählt wurde und keine illegalen Stimmen zugelassen wurden.

Dieses Dilemma ist nicht auf die Republikaner und die Wahl 2020 beschränkt. Die Demokraten waren jahrelang in Aufruhr wegen der Wahl im Jahr 2000, nachdem George W. Bush Al Gore besiegt hatte. Und sie haben die Wahl von Präsident Trump im Jahr 2016 heftig in Frage gestellt. Auch die Kongressdemokraten haben die Auszählung des Wahlmännerkollegiums in den letzten zwei Jahrzehnten mehrmals angefochten, wenn ihr Kandidat das Rennen verloren hatte. Es ist unehrlich, so zu tun, als seien die Bedenken zur Wahl 2020 beispelloos. Beide Seiten hatten ihren Anteil an Problemen mit Wahlprozessen und

⁸ Verfügbar unter

<https://www.azag.gov/sites/default/files/docs/press>

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 13 von 12

[releases/records/31%20minutes%20entry.pdf](#)

⁹ <https://www.azag.gov/sites/default/files/docs/complaints/sbl487/21-002/MCBOS1487Report-8-26.pdf>.

¹⁰ *Siehe z. B. Pennsylvania Democratic Party v. Boockvar*, 238 A.3d 345, 354 (Pa. 2020), *cert. denied sub nom. Republican Party of Pennsylvania v. Degraffenreid*, 141 S. Ct. 732 (2021).

Die ehrenwerte Karen Fann

6. April 2022

Seite 14 von 12

Es ist an der Zeit, dass die gewählten Vertreter der Amerikaner ihre politischen Differenzen beiseite legen und das Notwendige tun, um ihren Wählern zu versichern, dass jede legale Stimme zählt.

Deshalb hat unser Büro die Wahlintegrität so ernst genommen - sowohl vor als auch nach der Wahl 2020. Die Bürgerinnen und Bürger Arizonas waren extrem frustriert und verärgert darüber, dass sie keine Antworten auf die Fragen erhielten, die im Zusammenhang mit der Wahl 2020 aufgeworfen worden waren. Unser Büro hat nach der Wahl 2020 nichts unversucht gelassen, um das Problem zu lösen. Wir haben das Recht des Senats des Bundesstaates Arizona unterstützt, die Wahl in Maricopa County zu überprüfen, und wir haben mehrere Untersuchungen zur Wahl 2020 durchgeführt.

Wie bereits erwähnt, hat die Wahl 2020 in Maricopa County erhebliche Lücken hinterlassen, die es zu schließen und zu schließen gilt. Alle Zweige der Regierung in diesem Staat müssen zusammenkommen, um die Integrität unserer Wahlen zu gewährleisten und alle offenen Fragen der Wahl 2020 zu beantworten. Das ist es, wozu sich unser Amt verpflichtet hat. Wir hoffen, dass diese Zwischenbilanz und die Zusammenarbeit mit der Legislative den Bürgern Arizonas weiterhin die Gewissheit geben, dass die Integrität der Wahlen in unserem Bundesstaat von größter Bedeutung ist.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Mark Bi-novich". The signature is written in a cursive style with a large initial "M" and "B".

Mark Bi-novich
Generalstaatsanw
alt